



Auf 875 Milliarden Dollar wird der Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate geschätzt. Laut Internationalem Währungsfonds sollen weltweit drei Billionen Dollar in Staatsfonds verwaltet werden. (FOTO: REUTERS)

Staatsfonds

Kein Weg für Luxemburg

Budgetminister Luc Frieden sieht keinen Spielraum

VON LAURENT ZEIMET

Während die Handelskammer fordert, das Großherzogtum solle seine Überschüsse endlich in einem Staatsfonds anlegen, lehnt Budgetminister Luc Frieden die Idee ab. Die Einnahmen des Staates reichten nicht für eine solche souveräne Geldanlage aus.

Norwegen hat einen, die Vereinigten Arabischen Emirate haben einen und die Volksrepublik China hat einen Staatsfonds. Einen großen Topf, in dem diese Staaten Gelder sammeln und international im besten Fall – lukrativ anlegen. Während Norwegen und die Emirate in ihrem Staatsfonds die Gelder aus dem Erdölgeschäft anlegen, um so für die kommenden Generationen vorzusorgen, legt die Volksrepublik ihre Währungsreserven an, die das Schwellenland aus dem Exportgeschäft bezieht.

Eine solche „nachhaltige“ Anlage der Staatseinnahmen wünscht sich die Handelskammer für das Großherzogtum. Selbst Premier Jean-Claude Juncker gab bei Haushaltsdebatten schon zu bedenken, dass Norwegen seine Erdöleinnahmen gewissenhaft zur Seite legt, wohlwissend, dass das Geschäft mit dem Rohstoff endlich ist. Nun hängt Luxemburg nicht von einer begrenzten Rohstoffquelle ab, aber Haupteinnahmequellen des Staates – dem Finanzplatz und dem Geschäft mit dem Tanktourismus – wohnt ein Hauch der Unberechenbarkeit inne.

Die Ökonomen der Handelskammer stellten Ende März ihr Konzept vor, um einen solchen Staatsfonds anzulegen, der aus den Überschüssen des Staatsbudgets gespeist werden sollte. Für ein ordentliches Volumen wären 100 Prozent vom Bruttoinlandprodukt eine ordentliche Größe, rechnete Chefökonom Carlo Thelen vor. Aber man wäre auch mit

200 Millionen Euro zufrieden. Bislang habe das Land nichts Vergleichbares, denn die Einlagen der Spezialfonds (Budgetreserven) müssten kurzfristig für Investitionen zur Verfügung stehen.

Der LSAP-Abgeordnete Roger Negri wollte von Budgetminister Luc Frieden wissen, ob die Regierung daran denke, einen Staatsfonds zu schaffen. Diese Frage stelle sich eigentlich nur für Staaten, die über überschüssige Rücklagen verfügten, antwortete Luc Frieden. Daher seien solche Fonds vor allem von Ländern aufgelegt worden, die über hohe Einnahmen aus begrenzten Rohstoffen verfügen und die sicherstellen wollen, dass weiter Einnahmen fließen, selbst wenn diese Rohstoffe einmal erschöpft sein sollen.

Priorität für Investitionen

Auch wenn die Regierung nicht auf die juristische Form der Staatsfonds zurückgegriffen habe, so verfolge man dennoch ähnliche Ziele. Die Regierung habe Investitionen in die nationale Wirtschaft oberste Priorität eingeräumt. Davon zeugten die ständige Speisung der Spezialfonds und die strategische Beteiligung an Luxemburger Unternehmen. Dagegen sei es nie erklärter Wille der Regierung gewesen, eine Einkommensmaximierung anzustreben, wie sie von den Staatsfonds betrieben wird, indem das investierte Kapital durch Spekulation riskiert wird und strategische Beteiligungen in ausländischen Unternehmen vorgenommen werden.

Sicher führe die Haushaltspolitik manchmal zu Einnahmeüberschüssen, gibt Luc Frieden in aller Bescheidenheit zu. Aber diese Mehreinnahmen würden gebraucht, um zahlreiche Infrastrukturvorhaben zu finanzieren. Die Höhe der Einnahmen würde zurzeit nicht ausreichen, um einen Staatsfonds nach dem Vorbild der Erdölstaaten zu schaffen. Es sei

denn, die Politik wäre zu spürbaren Einschnitten im Investitionsprogramm bereit, gibt der Budgetminister zu bedenken.

Die Handelskammer hatte dagegen keine Zweifel, wo sie die 200 Millionen Euro für einen Staatsfonds herbekommen würde. Ungerechte Sozialleistungen wie die Mammerent sollten gestrichen werden. Auch beim Elternurlaub und den Kulturausgaben entdeckten die Ökonomen Sparpotenzial. Für ihre Sparüberlegungen handelte sich die Handelskammer Ruffel von der Vereinigung „Familienfeindlichen Position“ sprach.

Die OECD erstellte für die Finanzminister des G-7 einen Bericht über die Investitionen der Staatsfonds. In einigen Staaten sorgt man sich über die Beteiligungen der Staatsfonds an einheimischen Unternehmen und befürchtet einen Ausverkauf. Welche Ziele verfolgen die Großanleger? Es wurde bereits laut über Schutzmaßnahmen nachgedacht. Die OECD warnt allerdings vor übereifrigem Protektionismus und lobt die stabilisierende Wirkung der Staatsfonds während der Krise an den internationalen Finanzmärkten.

Die größten Staatsfonds

Geschätztes verwaltetes Vermögen:	
Abu Dhabi Investment Authority (Vereinigte Arabische Emirate):	875 Milliarden Dollar
Government Pension Fund Global (Norwegen):	380 Milliarden Dollar
Government of Singapore Investment Corp. (Singapur):	330 Milliarden Dollar
Saudi Arabian Funds (Saudi-Arabien):	300 Milliarden Dollar
Kuwait Investment Authority (Kuwait):	213 Milliarden Dollar
Chinese Investment Corporation (China):	200 Milliarden Dollar

(Quelle: Die Zeit)

An erster Stelle sei daran erinnert, dass mittlerweile immerhin 20 Wochen ins Land gezogen sind, seit Staatsanwalt Robert Bieber am 25. November vergangenen Jahres in einer sonntäglichen Pressekonferenz ziemlich spektakuläre Enthüllungen in dieser über 20 Jahre alten Affäre gemacht hat. Unsere Feststellung soll nicht unbedingt als Kritik an die Adresse der Ermittlungsbehörden verstanden werden, weil eigentlich das Untersuchungsgeheimnis gilt und daher nichts an die Öffentlichkeit dringen sollte, was Staatsanwaltschaft und Untersuchungsgericht unternommen haben oder aber nicht. Im vorliegenden Fall scheint dieses hehre Prinzip eines jeden demokratischen Justizwesens jedoch zu einem guten Teil eher Theorie zu sein.

Wieviele Untersuchungsrichter und Staatsanwälte seit der Anschlagserie in den Jahren 1984-1986 das Dossier in den Händen hielten, etwas unternahmen oder auch nicht, bevor sie es an ihre Amtsnachfolger weiterreichten, ist uns nicht genau bekannt. Allein in den ersten neun Monaten nach dem ersten Anschlag waren jedoch, wie der Staatsanwalt von Luxemburg kürzlich in einem Télécran-Interview erklärte, nicht weniger als drei Untersuchungsrichter am Werk. Hingegen ist genau gewusst, dass Luc Frieden, der von einer bestimmten politischen Seite vorzugsweise aufs Korn genom-

DER KOM

Ende der Fa

Der Staatsrat gilt allgemein als wahrer Hort der Seriosität. Jeder Anflug von Frohsinn ist der Hohen Körperschaft normalerweise absolut fremd. Ihre Urteile sind allseits gefürchtet und werden von allen politischen Parteien respektiert. Wenn sich der Staatsrat in der Fahndebatte nun zu einem Gutachten hinreißen ließ, das jedem guten Satireblatt das Wasser reichen könnte, dann braucht man sich nicht etwa Sorgen über das Befinden der Räte zu machen. Nein, der unerwartete staatsrätliche Humor liegt vielmehr in dem Objekt der Analyse selbst begründet. Auf knapp drei vergnüglichen Seiten macht die Hohe Körperschaft unmissverständlich klar, was sie von der ganzen Fahndiskussion hält. Nämlich nichts.